



# Beitragsfreies Kita-Jahr soll reibungslos kommen

### Erster Teil des Gesetzes über die Neuordnung der Kindertagesbetreuung beschlossen

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 29. September gegen die Stimmen der CDU und der AfD den Teil I des Thüringer Gesetzes über die Neuordnung der Kindertagesbetreuung beschlossen. Damit wurde die Erhebung von Daten auf den Weg gebracht, denn zur praktischen Vorbereitung des beitragsfreien Kita-Jahres müssen die Kommunen die erforderlichen Daten, wie Kinderzahlen und derzeit geltende Kita-Gebühren, an das zuständige Ministerium liefern.

In der Debatte hatte der Bildungspolitiker der Linksfraktion Torsten Wolf betont: „Das beitragsfreie Kita-Jahr ist ein Schritt hin zu einer vollständigen gebührenfreien Bildung in Thüringen und in Deutschland. Ich will nur noch mal daran erinnern, dass zum Beispiel das Land Hessen jetzt diesen Weg geht – auch unter einer völlig anderen Farbkombination –, Verbesserungen im Bereich frühkindlicher Bildung, aber eben auch Beitragsfreiheit für Eltern, einzuführen. Wir sind da in einem deutschlandweiten Geleitzug.“

Die CDU allerdings wolle Beitragsfreiheit und Qualitätsverbesserung gegeneinander ausspielen und sage – anders als noch vor drei Jahren –, das mit der Beitragsfreiheit sei ihr nicht so wichtig. Aber, so Torsten Wolf weiter, „uns ist das wichtig. Den Thüringer Eltern ist es wichtig, dort entlastet zu werden im Umfang von 1.440 Euro im Jahr. Das ist für die Familien viel Geld,

und zwar gut angelegtes Geld“. Mit dem Beschluss über die Regelung zur rechtzeitigen Schaffung der notwendigen Datengrundlage werden „die Voraussetzungen geschaffen für die sofortige reibungslose Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres ab dem 1. Januar 2018. Und ich sage es hier ganz deutlich: Wir schaffen heute die Rechtsgrundlage für die Eltern in Thüringen, dass sie sich darauf verlassen können, dass es am 1.1.2018 das beitragsfreie Kita-Jahr als letztes Kita-Jahr gibt. Das ist nicht nur mehr ein Versprechen, sondern ab heute wird das ganz konkret“, unterstrich der LINKE-Abgeordnete.

#### „Die CDU will die Beitragsfreiheit verhindern“

Wenn allerdings „eine CDU-Fraktion im Bildungsausschuss keine inhaltliche Diskussion führen will, sondern nur reine Formalien anbringt, die dazu ge-

nutzt werden sollen, den Gesetzesvorschlag der Regierungsfaktionen hinauszuschieben, dann ist das ein Armutszugnis. Und das wird von den Eltern in Thüringen genauso wahrgenommen. Die CDU will die Beitragsfreiheit verhindern“, so Torsten Wolf.

Freilich wird ihr das nicht gelingen, denn wie auch Ministerpräsident Bodo Ramelow sowie Bildungsminister Helmut Holter in der Plenardebatte sehr zum Verdross der CDU betonten: „Die politische Mehrheit setzt ihre Ziele um.“

Und wörtlich an die Adresse der CDU-Fraktion (aus dem Plenarprotokoll der Rede von Minister Helmut Holter): „Sie sind doch gescheitert. Na klar! Und das Familiengeld, das wird einkassiert, um auch tatsächlich das beitragsfreie Kita-Jahr zu finanzieren, weil wir der Überzeugung sind, dass es besser ist, die Kinder in einer sozialen Einrichtung wie der Kita zu bilden und auf Schule und das Leben vorzubereiten.“

Auf einen Zwischenruf der CDU-Abgeordneten Beate Meißner („Das haben Sie doch nicht zu entscheiden!“) sagte der Minister: „Dass Sie sich darüber ärgern, dass Ihr Programm gestrichen wurde, das kann ich nachvollziehen. Aber das ist das Los von Politik, wenn man aus der Regierung in die Opposition geht.“



## AKTUELL

### Personalvertretungsgesetz wird novelliert

Das federführende Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat den Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes dem Kabinett zur ersten Lesung vorgelegt. Dazu erklärte Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Mit dem Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes macht sich die Landesregierung auf den Weg, die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen in Thüringen weiterzuentwickeln und zu verbessern.“

Einige grundsätzliche Regelungen, wie die Verlängerung der Amtszeit auf fünf Jahre, ein Initiativrecht von Per-

sonalräten auch in Personalfragen und die Möglichkeit, in Arbeitsgruppen, die sich mit Strukturveränderungen befassen, mitzuwirken, sind zu begrüßen“, sagte Rainer Kräuter. Dies seien „im Sinne eines zukunftsorientierten Personalvertretungsrechts Schritte in die richtige Richtung“.

#### Mitbestimmung der Personalvertretungen in allen Angelegenheiten

Festzustellen sei aber in diesem Zusammenhang auch, dass die Umsetzung der durch die Gewerkschaften aufgezeigten notwendigen Veränderungen des Gesetzes nicht in dem Maße erfolgte, wie dies von den Gewerkschaften erwartet wurde. Dazu der LINKE Gewerkschaftspolitiker weiter:

„Nunmehr sehe ich dem Beteiligungsverfahren erwartungsvoll entgegen. Dabei gehe ich davon aus, dass die Gewerkschaften und Verbände ihre Positionen gegenüber der Landesregierung nochmals deutlich machen, bevor der Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren beraten und gegebenenfalls mit Änderungen abschließend verabschiedet wird.“

Bereits in der vorangegangenen Wahlperiode hat die Fraktion DIE LINKE in einem eigenen Gesetzentwurf zum Thüringer Personalvertretungsgesetz eingefordert, dass die Personalvertretungen nach Maßgabe dieses Gesetzes in allen Angelegenheiten und Maßnahmen auch für die in der Dienststelle tätigen Beschäftigten mitbestimmen. An dieser grundsätzlichen Position hält die Fraktion fest.

## KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

### Fachkräfte entwickeln

Thüringen hat keinen Fachkräftemangel, aber einen Fachkräftebedarf in verschiedenen Berufen, wie in der Pflegebranche oder auch in bestimmten Handwerksberufen.

Deshalb ist ein wirksamer Beitrag zur Fachkräftesicherung eine zielgerichtete und am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtete Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und gering qualifizierten Beschäftigten. Mehr als 17.000 Arbeitslose in Thüringen sind derzeit ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. 55.035 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte besitzen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss.

Die Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräftegewinnung, bestehend aus Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Politik, soll Thüringen in Sachen Fachkräfteentwicklung zukunftsfest machen und möglichen Defiziten entgegenwirken. Als Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion möchte ich gern Genaueres zu den erreichten Ergebnissen wissen und bereite einen parlamentarischen Antrag vor. Die Antwort des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie auf meine Kleine Anfrage zur Unterstützung der Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitslosen und geringqualifizierten Beschäftigten in Thüringen (DS 6/4487) hat leider einiges offen gelassen. So konnten keine differenzierten Angaben zum Erwerb verschiedener beruflicher Abschlüsse gemacht werden, wie beispielsweise bei den Pflegefachkräften.

Gute Bildung, Ausbildung und bessere Bedingungen für lebenslanges Lernen sind die Voraussetzungen dafür, dem Fachkräftebedarf besser entsprechen zu können. Das ist zunächst eine Aufgabe der Unternehmen, die die Politik wirksam unterstützen muss. Besonders die vielen Thüringer Kleinbetriebe brauchen mehr Möglichkeiten und Angebote. Die Wirksamkeit des umfangreichen Mitteleinsatzes sollte stärker in den Fokus rücken.

Für Qualifizierung und Weiterbildung wurden allein in den letzten drei Jahren in Thüringen 8,819 Millionen Euro im Rahmen der Weiterbildungsrichtlinie aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Hinzu kamen Landesmittel in Höhe von 363.000 Euro. Attraktive Arbeit heißt aber auch, gute, tarifgerechte Entlohnung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, übrigens für Frauen und Männer.